



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, den 1. Juni 1887.

Nr. 247.

Deutschland.

Berlin, 31. Mai. Bevor die heute vor vierzehn Tagen ausgebrochene Ministerkrise in Frankreich in ihre dritte Woche eingetreten ist, hat Herr Rouvier die Schwierigkeiten der Kabinettsbildung überwunden und die Krise zum Abschluss gebracht. Ein Kabinet Rouvier ohne Boulanger ist fertig und wollte sich noch heute der Kammer vorstellen. Wir lassen über das Ergebnis zunächst folgendem telegraphischen Bericht des Korrespondenten der „Voss. Ztg.“ das Wort:

Paris, 31. Mai. Das „Amtsblatt“ veröffentlicht heute endlich die Minister-Ernennungen. Vorrath, Finanzen, Post- und Telegraphenwesen hat Rouvier, Inneres: Fallieres, Auswärtiges: Flourens, Unterricht, Künste und Kultus: Spuller, Krieg: General Ferron, Marine: Barbey, Justiz: Mazeau, Arbeiten: Heredia, Handel: d'Autresme, Ackerbau: Barbe. Das Postministerium ist abgeschieden und das Postwesen unter Etienne's Leitung dem Finanzministerium unterstellt. Thomson ist Unterstaatssekretär für die Kolonien. Heredia hatte gestern früh bestimmt abgelehnt, sich Nachmittags jedoch wieder zur Annahme seines Portefeuilles bestimmen lassen. Caussier wollte in das Kabinet nicht eintreten, weil er weder das Heeres-Organisationsgesetz Boulanger's, noch den Mobilisationsversuch gutheißt. General Ferron nahm erst an, nachdem er mit Grey und Clemenceau lange Unterredungen gehabt hatte.

Rouvier, seit 1871 Abgeordneter, ist 45 Jahre alt. Er fing auf der äußersten Linken an, ist aber jetzt sehr gemäßigt. Er war Handels- und Kolonialminister in Gambetta's Ministerium und später im Kabinet Ferry. Seit zwei Jahren führte er im Budgetausschuss den Vorsitz. Er gilt als Budget-Autorität ersten Ranges.

Divisions-General Ferron gehört der Geniewaffe an. Er ist 57 Jahre alt und kommandierte bis gestern die 13. Infanterie-Division des 7. Armeekorps in Chaumont. Unter den Kriegsgeneralen Thibaudin und Camponen war er Vizechef des großen Generalstabes. Er gilt für einen guten Redner; seine Fachgelehrsamkeit bekräftigte er als Professor an der Kriegsschule.

Fallieres, geboren 1841, war zuerst unter Duclerc Minister, dann nach Duclerc's Sturze kurze Zeit selbst Ministerpräsident, als welcher er die Verbannung der Prinzen von Orleans erfolglos vorschlug, dann unter Ferry Unterrichtsminister.

Spuller, Redakteur der „Rep. franc.“ und eifriger Vertreter der Politik Gambetta's, war im „großen Ministerium“ Unterstaatssekretär des Auswärtigen.

d'Autresme, bekannt als guter Ingenieur und ungenügender Musikdilettant, war unter Brisson einige Wochen lang Handelsminister.

Barbe ist völlig Neuling; er ist seinem Berufe nach Dynamitfabrikant, seit anderthalb Jahren Abgeordneter und bisher noch nie in öffentlichen Stellungen gewesen.

Barbey, Großindustrieller und Senator, war früher Marineoffizier und ging als Linien-Schiffs-Lieutenant ab.

Heredia ist geborener Kubaner, doch seit 1870 naturalisirt. Er war bereits Vorsitzender des Pariser Stadtraths.

Mazeau ist Richter und Senator.

Flourens ist aus dem alten Kabinet bekannt.

Das ganze Kabinet gehört mit Ausnahme Barbey's und Heredia's, welche aus der radikalen Linken hervorgehen, der Gambettistengruppe an oder besteht aus Unabhängigen. Es stützt sich auf die Gambettisten und Reaktionäre und rechnet höchstens noch auf die Unterstützung eines Theiles der radikalen Linken.

Die heute in Paris ausgegebenen republikanischen gemäßigten Blätter sprechen sich in wohlwollendem Sinne für das neue Kabinet aus, ebenso die monarchistischen, dagegen beobachtet der größte Theil der radikalen Presse eine direkt feindliche Haltung, die sich zur Genüge aus der Ausschließung Boulanger's erklärt. Die radikale Linke wird ihren Ansturm gegen das neue Kabinet sofort eröffnen; heute Mittag wollten sie zusammen treten, um den Wortlaut einer Interpellation über

die allgemeine Politik des neuen Kabinetts festzustellen. Wie aus Paris verlautet, wollte das neue Kabinet schon heute in der Kammer eine Erklärung über die von ihm zu befolgende Politik verlesen. Diese ministerielle Erklärung wird dem Vernehmen nach sehr kurz gehalten sein, und sich darauf beschränken, die Schwierigkeiten aufzuzählen, denen die Bildung des neuen Kabinetts begegnete, sowie die Nothwendigkeit einer Finanzreform und die Herbeiführung von Ersparungen zu betonen. Außerdem wird die Vorlage eines neuen, dem Votum der Kammer entsprechenden Budgets in Aussicht gestellt und gleichzeitig angekündigt, daß in Bezug auf die Verathung der Militärvorlagen die von der Kammer beschlossene Reihenfolge eingehalten werden soll. Auch wird ausdrücklich hervorgehoben werden, daß das Kabinet entschlossen sei, zurückzutreten, falls es nicht die Mehrheit der republikanischen Stimmen erhalten sollte.

General Boulanger hat es selbstverständlich nicht über sich gewonnen, seinen Posten ohne Geräuß zu räumen. Von allen Gewohnheiten abweichend, hat der zurücktretende Kriegsminister einen „Tagesbefehl“ an das Heer gerichtet, dessen Wortlaut folgendes Privattelegramm der „Voss. Ztg.“ mittheilt:

Paris, 31. Mai. Ein gleichzeitig sämtlichen Blättern zugesandter Tagesbefehl Boulanger's an das Heer lautet: „Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten! Nachdem das Kabinet, dem ich angehörte, zurückgetreten ist, hat der Präsident der Republik das Kriegsportefeuille anderen Händen anvertraut. Indem ich den Oberbefehl des Heeres verlasse, will ich allen denen danken, die mich in der patriotischen Aufgabe unterstützten, unsere Verteidigungsmittel auf die Höhe aller Prüfungen zu bringen. Sie werden unter den Befehlen meines Nachfolgers dasselbe sein, was sie unter mir gewesen: ihren Berufspflichten ergeben und den Verfassungsgesetzen getreu, deren Achtung in unsern Herzen alle anderen Gefühle beherrschen muß. Ich werde Ihnen zu allererst das Beispiel dieser doppelten militärischen und republikanischen Manneszucht geben.“

Im Weiteren wird telegraphisch gemeldet:

Für den heute Nachmittag und den Abend stattfindenden großen Offizierball in der Oper sind Maßregeln getroffen, um Rundgebungen für Boulanger zu unterdrücken, von denen gesprochen wird. In einigen Provinzfäden haben übrigens gestern Volksbäuren die Militärkapellen und marschirenden Truppentheile mit Hochrufen auf Boulanger empfangen.

Die radikale und äußerste Linke versammeln sich heute vor der Kammer Sitzung, um über eine feindselige Interpellation zu berathen, die sie sofort an das Kabinet richten wollen. Diese Parteigruppen gaben sich noch gestern die größte Mühe, das Zustandekommen des Kabinetts zu hintertreiben; sie erklärten Barbey und Heredia für Abtrünnige und sind entschlossen, Alles zu thun, was an ihnen liegt, um das neue Ministerium noch heute zu stürzen. Ihre Blätter greifen es heute unerbötig festig an. Pelletan beginnt seinen Artikel in der „Justice“: „Es ist schmachvoll, der Streich ist ausgeführt!“ Rochefort überschreibt den seinigen: „Das deutsche Ministerium“ und begeistert sogar Rouvier's Frau. „Lanterne“ sagt, Deutschland habe das neue Kabinet genehmigt; sie droht allen Abgeordneten, die heute für dasselbe stimmen würden, mit unbedingtem Ausschluss aus den republikanischen Koalitionslisten bei den nächsten Wahlen. Maret hofft, die Minister hätten keine Nachtmühen in die Ministerhotels schaffen lassen, da sie sich doch nicht einbilden würden, heute Nacht noch in denselben zu schlafen.

Die gemäßigten Blätter sind für die Beendigung der Krise dankbar, beglückwünschen sich zu Boulanger's Verschwinden und bemerken, daß die Prophezeiung eines nahen Todes ein Kabinet nicht nothwendig am langen Leben hindern müsse.

In der italienischen Deputirtenkammer richtete der Abgeordnete Chiaves am Sonnabend eine Interpellation an die Regierung, ob irgend eine auswärtige Macht über die an der Küste von Massowah verhängte Blokade Erklärungen abgegeben habe. Bonghi fragte an, ob die Regierung genaue Informationen über das französisch-englische Abkommen, betreffend die Abgrenzung

des Gebietes zwischen Oboe und Zeilash besitze. In Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten Chiaves theilte der Ministerpräsident Depretis laut telegraphischer Mittheilung gestern mit, die Vertreter Italiens im Auslande hätten unter dem 1. Mai die Weisung erhalten, die gegen Abessinien verhängte Blokade den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, zu notifizieren. Die Türkei habe in freundschaftlicher Weise den Wunsch ausgesprochen, ihr die Notifikation nicht schriftlich zu übermitteln. Die Regierung habe dem zugestimmt und der Türkei Erklärungen über den Charakter der Blokade abgegeben. Hierauf seien keine weiteren Bemerkungen erfolgt. Allen anderen Mächten sei die Blokade schriftlich notifizirt worden; bisher seien von keiner derselben Bemerkungen oder Vorbehalte gemacht worden.

Nachdem der Nachtragsetat vom Reich genehmigt worden, ist die Ausgabe eines Theils der gleichzeitig beschlossenen Reichsanleihe zu erwarten. Hierbei wird auch die Frage zur Entscheidung kommen, ob die neuen Schuldverschreibungen zu 3 1/2 Prozent oder, wie dies früher geschehen, zu 4 Prozent begeben werden. Erwägungen hierüber sollen noch schweben.

Einer der eifrigsten Befürworter eines russisch-französischen Kriegsbündnisses, General Bogdanowitsch, ist in Ungnade gefallen. Wie heute aus Petersburg gemeldet wird, ist General Bogdanowitsch, attachirt dem Ministerium des Innern und à la suite der Armee, seines Amtes entbunden worden. Ueber die Gründe, welche diesen überraschenden Sturz herbeigeführt haben, liegt noch keine Mittheilung vor, doch dürften sie schwerlich in der politischen Haltung des Generals zu suchen sein.

Ueber einen neuen Nihilistenprozeß meldet man der „R. Z.“:

In dem Prozeß Sabatnikow werden nicht, wie ursprünglich gemeldet, drei, sondern sieben verschiedene nihilistische Verbrechen zur Beurtheilung kommen, und zwar außer den schon gemeldeten auch die Fabrikation von Sprengstoffen und die Thätigkeit einer geheimen Druckerei in Dorpat. Obwohl die sieben Vergehen in keinerlei Zusammenhang stehen, ist Sabatnikow doch an allen betheiligt. In ihm steht einer der Führer des Nihilismus vor Gericht. Abermals ist das polnische Element stark vertreten; auch mehrere Frauen befinden sich unter den 21 Angeklagten. Die Aburtheilung erfolgt diesmal durch ein Kriegsgericht, welches vor dem 2. Juni seine Sitzungen kaum wird beginnen können. Die Verlesung der 575 Druckseiten starken Anklageschrift wird allein 2 Tage dauern.

Am 18. März d. J. ist das Kanongeschenk des Kaisers an den Sultan von Sansibar gemeinschaftlich von dem kaiserlichen Generalkonsul Dr. Arendt und dem Korvettenkapitän Bötters, Kommandant S. M. Kreuzer „Möwe“, in feierlicher Audienz übergeben worden. Die Truppentheile von Sansibar waren, der „Nord. Allg. Ztg.“ zufolge, in Zügen vor dem Palais aufgestellt, und die Militär bildete Spalier auf dem Weg, auf welchem sich das Personal des kaiserlichen Konsulats und Kapitän Bötters mit seinem Stabe nach dem Palais bewegten. Am Eingang desselben salutirte die bewaffnete Macht unter den Klängen der Wacht am Rhein, und im Janern empfing der Sultan unter dem üblichen Zeremoniell die deutschen Abgesandten. Nach einer Anrede des kaiserlichen Generalkonsuls sprach der Sultan seinen wärmsten Dank für das kaiserliche Geschenk aus und nahm noch eine Ansprache des Korvettenkapitäns Bötters entgegen, welcher sich erbot, die Manipulationen des Gebrauchs der Kanonen darzulegen. Das Geschenk besteht aus einer Batterie von 6 mit dem preussischen Adler sowie dem Wappen und Namenszuge des Sultans verzierten Geschützen mit künstlerisch ausgestatteten Lafetten.

Wie der Petersburger Vertreter Nordenfeldt's einem seiner Agenten telegraphisch mittheilt, hat die russische Regierung einen Vertrag betreffs Lieferung von 400 Mitrailleursgeschützen, welche unter die russischen Linien-Infanterie-Regimenter vertheilt werden sollen. Wie es heißt, will man durch die Einführung der Mitrailleursgeschützen den Fortschritten begegnen, welche die Bewaffnung des deutschen und österreichisch-unga-

rischen Heeres durch Einführung der Magazin-Gewehre gemacht hat.

Der Rechenschaftsbericht der preussischen Regierung über den kleinen Belagerungszustand in Spremberg ist dem Reichstage zugegangen. Er lautet in der Hauptsache folgendermaßen: In den Zuständen, welche die im vorigen Jahre getroffenen Anordnungen veranlaßt haben, ist eine Wendung zum Besseren nicht eingetreten. Fortgesetzt hat der Zürcher „Sozialdemokrat“ in den vorgenannten Druckschriften einen festen Abonnentenkreis, auch werden andere verbotene Druckschriften viel gelesen; mehrere entschiedene und energiegelasse Agitatoren treiben ihr Werk und werden hierbei von Zeit zu Zeit, wie vor den letzten Reichstagswahlen, von auswärts durch namhafte Parteiführer unterstützt. Zu Parteidemonstrationen gaben die Begräbnisse von Genossen und die Abreise eines beschäftigungslosen und durch Partei-Beiträge für seinen Unterhalt unterstützten Agitators, welchem der fernere Aufenthalt auf Grund des § 28 a. a. D. versagt worden war, Veranlassung. Nach den im November v. J. gegen die an den Excessen in Spremberg am 30. April und 1. Mai v. J. Betheiligten ergangenen Erkenntnissen der Strafkammer des Landgerichts zu Kottbus und des dortigen Schwurgerichts, mittelst welcher 45 Personen wegen Landfriedensbruchs, Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Aufruhrs, Aufstands und vorläufiger Körperverletzung zu theils empfindlichen Gefängnisstrafen verurtheilt sind, ist gerichtlich festgestellt worden, daß die Excesse sozialdemokratische, ja sogar anarchistische Färbung hatten, und daß der von der sozialdemokratischen Partei in Spremberg gepflegte Geist der Unordnung, der Aufsehnung und Widerspenstigkeit gegen die bestehenden Gesetze die gegen die Organe der Obrigkeit und die Bürgerschaft begangenen Gewaltthatigkeiten mittelbar verursacht haben. Die Reizung der Arbeiterbevölkerung zu Gewaltthatigkeiten ist auch in neuerer Zeit an den Tag getreten. In Angst und Unruhe wurde die Bürgerschaft durch Brand- und Drohbrieife versetzt. Als am 16. September vorigen Jahres eine Scheune in Brand gesteckt wurde, fand man an derselben die Aufschrift: „Hoch lebe die Sozialdemokratie!“ Die Nummer des „Sozialdemokrat“, welche aufhebende Artikel gegen die in den vorgedachten Untersuchungen als Zeugen vernommenen Beamten enthielt, wurde mehrfach auf dem Straßenpflaster gefunden. Nach alledem war nicht zu bezweifeln, daß die sozialdemokratische Bewegung in Spremberg nicht allein auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise weiter an den Tag legt, sondern daß sie auch ihren gewaltthätigen Charakter beibehalten hat, so daß die Stadt noch jetzt mit Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedroht ist. Für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung sind daher die allgemein gesetzlichen Befugnisse der Behörden nicht hinreichend.

Ueber die Arbeiterbewegung in Belgien liegen heute nachstehende telegraphische Mittheilungen vor:

Brüssel, 29. Mai. Der Kongreß der Progressisten, der eine Revision der Verfassung betreffs Aenderung des Wahlrechts anstrebt, ist heute Vormittag eröffnet worden. An den Eingängen zur Maison du peuple drängten sich heute Abend große Menschenmassen. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor. Der progressistische Kongreß lehnte mit 317 gegen 127 Stimmen das allgemeine Stimmrecht ab und nahm mit 379 gegen 45 Stimmen eine Resolution an, nach welcher das Stimmrecht allen Bürgern zu verleihen wäre, welche des Lesens und Schreibens kundig sind.

Brüssel, 30. Mai. Die Versammlung der Progressisten hat heute verhandelt über den obligatorischen Unterricht, die Regelung der Kinderarbeit, die Reform der Steuern, die Organisation einer Arbeiterbörse und die Verantwortlichkeit der Arbeitgeber bei Unglücksfällen ihrer Arbeiter. Die Versammlung sprach sich ferner zu Gunsten des Erlasses einer Amnestie aus.

Durch die Geburt eines kräftigen Mädchens wurden
hoch erfreut
Stettin, den 29. Mai.
Conrad Liebenberg und Frau, geb. **Köhn**.